

ADRESSE Postfach 33 04 47, 28334 Bremen TEL 069.26 02 49 50 FAX 069.43 05 17 64
E-MAIL memorandum@t-online.de INTERNET www.alternative-wirtschaftspolitik.de
BANKVERBINDUNG Postbank Hamburg, IBAN DE75 2001 0020 0100 0112 03 BIC PBNKDEFF

MEMORANDUM 2015

40 Jahre für eine soziale und wirksame Wirtschaftspolitik gegen Massenarbeitslosigkeit

---

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung

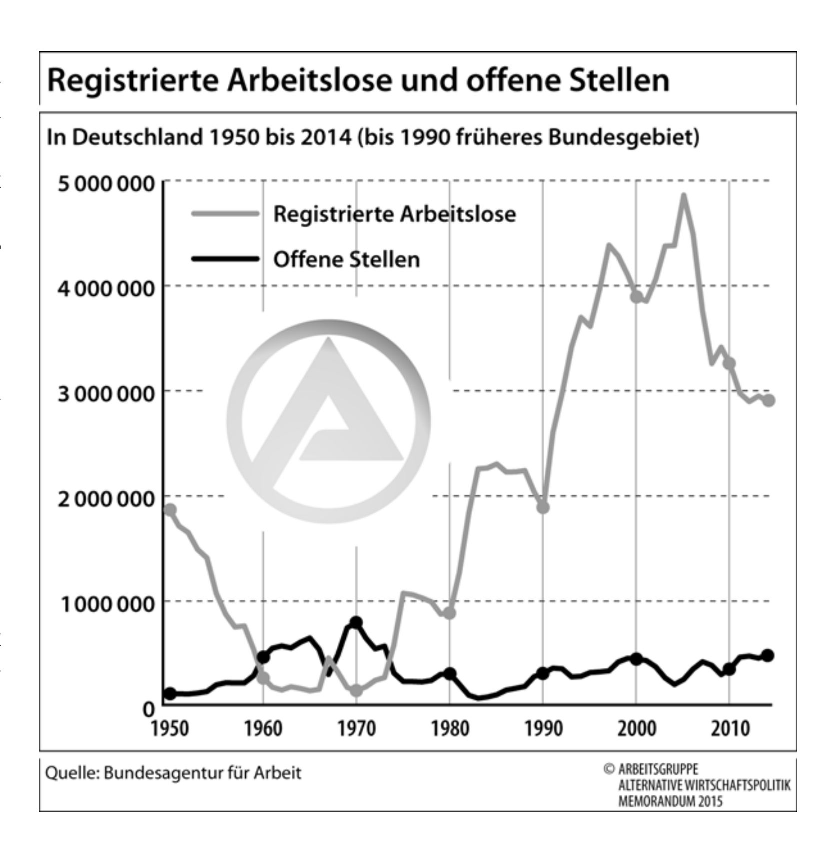
1. 40 Jahre Massenarbeitslosigkeit – Alternativen in der Wirtschaftspolitik sind möglich

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* wurde 1975 gegründet, um der aufkommenden Massenarbeitslosigkeit und der darauf gerichteten neoklassischen Instrumentalisierung zum Lohn- und Sozialabbau etwas entgegenzusetzen. Neoliberale Rezepte haben die Krise auf dem Arbeitsmarkt seitdem weiter verschärft. Über viele Jahre sah es so aus, dass alternative Konzepte kein Gehör finden. Mittlerweile jedoch bekommen kritische Standpunkte ein immer stärkeres Gewicht, auch wenn die Dominanz neoliberaler Politik noch längst nicht gebrochen ist. Vom gesetzlichen Mindestlohn über die Verteilungsdebatte bis zur Frage öffentlicher Investitionen bestimmen mehr und mehr Themen, die in den MEMORANDEN seit 40 Jahren ausgearbeitet werden, die Agenda.

Im Gründungsjahr der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* ging mit der Weltwirtschaftskrise von 1974/75 in der Bundesrepublik die erfolgreichste Periode der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg zu Ende. In den 1960er Jahren konnte die Arbeitslosenquote unter ein Prozent gedrückt und Vollbeschäftigung hergestellt werden. Es wurden sogar in erheblichem Umfang ausländische Arbeitskräfte angeworben, um die Arbeitsnachfrage zu befriedigen. Außerdem kam es zu einem enorm wichtigen Schub im Städte- und Wohnungsbau sowie bei der öffentlichen Infrastruktur. In der Sozial- und in der Rentenpolitik, der Arbeitsmarkt- sowie der allgemeinen Bildungs- und Hochschulpolitik wurden zahlreiche Fortschritte erzielt.

Die Wirtschaftspolitik war 1967 per Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zur Erreichung eines hohen Beschäftigungsstandes, Preisstabilität, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und Wachstum („magisches Viereck") verpflichtet worden. Dabei sollte dem am meisten verletzten Ziel die größte wirtschaftspolitische Aufmerksamkeit geschenkt werden. Verteilungsgerechtigkeit und die ökologische Frage wurden bis heute nicht in das noch gültige Gesetz aufgenommen – dabei ist Wachstum unbedingt unter sozial-ökologischen Aspekten zu verfolgen. Ein nachlassendes Wirtschaftswachstum führte in den westlichen Industrieländern dann im Zusammenhang mit der ersten Ölpreiskrise, den Kosten des Vietnamkrieges und dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen im Jahr 1973 (in Bretton Woods waren 1944 feste Wechselkurse im Weltwährungssystem festgelegt worden) zu einer bis dahin nicht gekannten wirtschaftlichen Stagflati-

on (dem gleichzeitigen Auftreten von ökonomischer Stagnation und Inflation) und schließlich 1974/75 zu einer Überproduktionskrise mit einem Anstieg der Zahl der Arbeitslosen auf über eine Million und einer Arbeitslosenquote von fünf Prozent. Begleitet wurde das Ganze von tiefgreifenden Branchenkrisen (Stahl, Bau und Textil). Seitdem muss man in der Bundesrepublik Deutschland, aber nicht nur dort, von einer Massenarbeitslosigkeit sprechen, die bis heute nicht überwunden ist – im Gegenteil, sie hat sich strukturell verstetigt. Das Problem der sich dauerhaft verfestigenden Arbeitslosigkeit hat die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* bereits in ihren ersten MEMORANDEN klar gesehen:



„Die Arbeitslosigkeit hält unvermindert an, obgleich bereits seit fast zwei Jahren eine Periode wirtschaftlichen Aufschwungs – gemessen an Produktion und Investition – zu verzeichnen ist. Dies deutet darauf hin, dass es sich hier nicht um einen einmaligen Betriebsunfall, sondern um längerfristige Tendenzen handelt, die zwar durch die konjunkturelle Krise ab Ende 1973 verstärkt zum Durchbruch gekommen sind, die konjunkturellen Wechsellagen aber überdauern und die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten längerfristig entscheidend beschränken werden. [...] Der Sachverständigenrat sowie die Mehrheit der offiziellen Wirtschaftspolitiker erklären die andauernde Massenarbeitslosigkeit aus der seit Ende der 60er Jahre gesunkenen Kapitalrentabilität. Deren Ursachen werden einseitig aus dem gestiegenen Anspruchsniveau der Gewerkschaften hinsichtlich der Lohnpolitik sowie aus der angeblich überzogenen sozialstaatlich ausgerichteten Reformpolitik des Staates hergeleitet. [...] Die globale Förderung des Unternehmensgewinnes ist demnach auch der Kern der Empfehlungen, die der Sachverständigenrat als Programm der wachstumspolitischen Vorsorge und Konsolidierung aus seinen Überlegungen zur strukturellen Arbeitslosigkeit entwickelt.“
(MEMORANDUM 1977)

Die Krise 1974/75 wurde zum Katalysator für einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik. Der Wohlfahrtsstaat war nicht länger das bestimmende Leitbild. Insbesondere das Phänomen der Stagflation hatte die alten wirtschaftlichen Ansätze diskreditiert. In der theoretischen Debatte wurde häufig ein negativer Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit gesehen (Phillips-Kurve). Die Wirtschaftspolitik müsse sich, so hieß es, zwischen einer hohen Preissteigerung und einer großen Arbeitslosigkeit entscheiden. Nach dieser Auffassung war die Wirtschaftspolitik beim gemeinsamen Auftreten von Preissteigerung und Arbeitslosigkeit machtlos. Die in den Nachkriegsjahren praktizierte keynesianische Nachfragepolitik galt damit als gescheitert. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) war mit seiner Empfehlung, zur Krisenbekämpfung nicht die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, sondern die Gewinne der Unternehmen zu fördern, der Vorreiter der neoklassischen Wende. Mit dem ersten sogenannten Haushaltskonsolidierungsgesetz von 1975 fand diese Position ihren Widerhall in der Politik. Allerdings blieb die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in den folgenden Jahren noch unbestimmt und widersprüchlich.

Mit der Krise war aber nur eine – vor allem von dem britischen Ökonomen John R. Hicks und dem US-amerikanischen Ökonomen Paul A. Samuelson geprägte – Interpretation keynesianischer Theorie gescheitert. Diese Variante wird in der Debatte häufig als „hydraulischer" Keynesianismus oder als „Bastard-Keynesianismus" (Joan Robinson) kritisiert. Sie ist geprägt von sehr mechanischen Modellannahmen und einer Integration neoklassischer Arbeitsmarktannahmen (neoklassische Synthese). Es darf auch nicht vergessen werden, dass die Abkehr von einer keynesianisch geprägten Politik nicht zu einer Überwindung der Arbeitslosigkeit geführt hat. Ganz im Gegenteil.

Ende der 1970er Jahre spitzte sich die weltweite Wirtschaftslage durch die zweite Ölpreiskrise erneut zu. Zugleich wurde der neoliberale „Friedman-Monetarismus" vorherrschend. Die zunehmend angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die verstärkt auf Lohnverzicht, Sozialabbau und Senkung der Gewinnsteuern setzt, sowie der radikaler werdende Monetarismus, der eine Phase der Hochzinspolitik unter dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan einleitete, führte 1982 auch in der Bundesrepublik zu einem scharfen Konjunktureinbruch mit einer schrumpfenden Wirtschaft und mehr als zwei Millionen Arbeitslosen. Das MEMORANDUM 1982 unter dem Titel „Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung – Alternativen der Wirtschaftspolitik" mit einem Sonderbeitrag „Sicherung und Ausbau des Sozialstaats statt sozialer Demontage – Alternativen zur Finanzierung der Sozialpolitik" zeigte dazu konkrete Alternativen auf, die aber keine Berücksichtigung in der von der Bundesregierung praktizierten Wirtschaftspolitik fanden. Im Gegenteil: Die Finanz- und Geldpolitik war mit dem Regierungswechsel zu einer schwarzgelben Koalition unter Helmut Kohl nun endgültig auf den neoliberalen Kurs der Reagan-Administration in den USA eingeschwenkt und hatte mit Großbritannien ein EU-Mitglied vor der Haustür, das mit seinem Thatcherismus seit 1979 die Komponenten des Neoliberalismus mit aller Wucht in die Praxis umsetzte.

Die Implosion der DDR – und der Zusammenbruch des gesamten realsozialistischen Weges – im Herbst 1989 und Frühjahr 1990 stellte die Wirtschaftspolitik vor völlig neue Probleme. Die Währungsunion zum 1. Juli 1990 mit dem Kurs von 1:1 bzw. 2:1 vernichtete die DDR-Industrie schlagartig. Selbst der Sachverständigenrat hatte in einem Sondergutachten im Februar 1990 vorgeschlagen, eine Zehn-Jahres-Konföderation zu bilden, um die DDR-Wirtschaft und -Gesellschaft systematisch auf die „raue Welt" der westlichen Konkurrenz einzustellen. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* erarbeitete ab Februar 1990 zusammen mit einigen DDR-Ökonominnen und -Ökonomen ein Konzept zur langfristigen Stabilisierung und Modernisierung der DDR-Wirtschaft durch einen Transformationsprozess. Kernpunkte waren Maßnahmen zur Verringerung des Konkurrenzdrucks, die Stabilisierung und Modernisierung der ehemaligen Kombinate durch das Prinzip „Sanieren geht vor Privatisieren" und Maßnahmen, mit denen verhindert werden sollte, dass die Einheit in erster Linie durch die Beschäftigten und die Sozialversicherungen finanziert wird. Mit dem Sondermemorandum „Sozial-ökologisches Sofortprogramm: Risiken der deutsch-deutschen Währungsunion auffangen" (Mai 1990) wurde ein Programm vorgelegt, mit dem die Betroffenen, Gewerkschaften und linke politische Formationen gut begründete Gegenpositionen zur Regierungspolitik artikulieren konnten.

Nachdem in der Frühphase der Vereinigung noch einige erfolgreiche Maßnahmen durchgeführt wurden – beispielsweise einige Sanierungserfolge („Chemiedreieck") und vor allem eine breite Abfederung der Arbeitsmarktmisere durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik (Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen – ABM, SAM) –, wurde die Angliederung der DDR schließlich schnell unter marktradikalen Prämissen durchgeführt. Das Ergebnis war – trotz zahlreicher Frühverrentungen – eine explodierende Arbeitslosigkeit. Mitte der 1990er Jahre überstieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Gesamtdeutschland erstmals die Zahl von vier Millionen. Gleichzeitig wurde das Scheitern des Realsozialismus zur Diskreditierung aller etatistischen und solidarischen Ansätze der gesellschaftlichen Gestaltung benutzt.

In den 1990er Jahren wurde in den USA ein Technologieboom ausgelöst, der mit zeitlicher Verzögerung auch Europa erfasste. Die Informations- und Kommunikationstechnologien wurden revolutioniert. Dies löste eine gigantische Konzentrations-, Zentralisations- und Privatisierungswelle aus. In Deutschland übernahm Vodafone im Februar 2000 den Industriekonzern Mannesmann für 230 Milliarden DM (118 Milliarden Euro). Dabei ging es ausschließlich um die Mobilfunksparte. Der

restliche Konzern wurde anschließend zerschlagen. Die Mobilfunklizenzen in Deutschland wurden von der Bundesregierung für 100 Milliarden DM (51 Milliarden Euro) an private Mobilfunkbetreiber versteigert. In Finnland wuchs mit Nokia der zeitweilig größte Handykonzern der Welt heran. Insbesondere in den USA, in den neuen High-Tech-Sektoren (Google, Apple, Microsoft, Amazon usw.), wurden die Weichen gestellt. Die neu heranwachsende IT-Welt zeigte sich auch in zahlreichen erfolgreichen Start-ups. Die sogenannte New Economy elektrisierte die Menschen und die Märkte. Vor allem die amerikanische Ökonomie erlebte einen kräftigen Wachstumsschub. Unter Ökonominnen und Ökonomen wurde ernsthaft über das Ende von Wirtschaftskrisen und eine fortdauernde Prosperität diskutiert. Auch wurde dieser Boom der herrschenden Wirtschaftsdoktrin zugeschrieben: Die Innovationskräfte der New Economy könnten sich nur ohne staatliche Bevormundung und Regulierungsfesseln entfalten. Die Abhängigkeiten der „alten“ Arbeitsgesellschaft seien überwunden.

Im Herdentrieb entstand eine Spekulationsblase auf der Basis völlig überschätzter Gewinnerwartungen in der New Economy. Mit dem Platzen der New-Economy-Blase scheiterten die Illusionen von einem ewigen und krisenfreien Wachstum schließlich. Viele Neugründungen entwickelten sich zum Flop, und die folgende Gründerkrise ab 2000 hatte gesamtwirtschaftlich negative Auswirkungen und verstärkte die allgemeine Überproduktionskrise. Der Terroranschlag auf die Zwillingstürme des World Trade Centers in New York am 11. September 2001 und der Irak-Krieg lösten in den USA zudem eine neue Rüstungswelle aus und destabilisierten die Weltwirtschaft. Mit der Orientierung auf die Maastricht-Verträge schlug Rot-Grün in Deutschland den völlig falschen und von der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* heftig kritisierten Weg einer noch verschärften prozyklischen und angebotsorientierten Wirtschaftspolitik ein und verstärkte damit die auch in Deutschland angekommene New-Economy-Krise. Das jahresdurchschnittliche reale Wirtschaftswachstum in Deutschland lag in der Folge von 2001 bis 2005 nur noch bei 0,6 Prozent. Die Massenarbeitslosigkeit verschärfte sich noch einmal, die Zahl der Arbeitslosen stieg von 3,9 auf 4,9 Millionen Menschen.

Mit der Behauptung, die Standortbedingungen in Deutschland seien unprofitabel, leitete Rot-Grün 2003 mit der sogenannten Agenda 2010 eine radikale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zum einseitigen Vorteil des Kapitals ein, die auch von der rechts-liberalen Opposition begrüßt wurde. Steigende Arbeitslosenzahlen und ein angeblich überbordender Sozialstaat machten „Reformen“ erforderlich, hieß es. Phrasen wie „demografischer Wandel und Überalterung“, „Lohnnebenkosten und internationale Wettbewerbsfähigkeit“, „aktivieren statt sozial alimentieren“ sowie das Bild von Deutschland als „krankem Mann Europas“ wurden vom SVR und anderen neoliberalen Think-Tanks, den meisten Parteien und vielen Medien gebetsmühlenartig verbreitet. Die sogenannte Riester-Rente, eingeführt von der rot-grünen Koalition, war eine Teilprivatisierung der Altersversorgung, die vor allem der Versicherungswirtschaft und den Finanzdienstleistern neue Anlagen bescherte. Durch die wachsende Abhängigkeit von Finanzmärkten nahm die Krisenanfälligkeit der Altersvorsorge zu – Altersarmut war so programmiert. Darüber hinaus wurde das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre angehoben. Die Arbeitsmärkte wurden flexibilisiert, und mit den „Hartz-Gesetzen“ wurde schließlich eine Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen eingeleitet, die ihresgleichen sucht.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ab 2006 gilt als Legitimation dieses Ansatzes. Bis heute wird oft die Position vertreten, diese Reformen hätten den „kranken Mann Europas“ geheilt und die deutsche Ökonomie für neue Herausforderungen fit gemacht. Sie gelten als Blaupause für die europäische Antikrisenpolitik. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat in zahlreichen MEMORANDEN diesen Erklärungsansatz widerlegt. Da die Nachfrage durch die Erosion der Masseneinkommen massiv geschwächt wird, führen solche Reformen zu einem Rückgang der Binnennachfrage. Lediglich der Exportsektor kann – über gesunkene Lohnkosten – von diesen Reformen profitieren. Da die Summe der weltweiten Exporte und Importe gleich ist, können aber nicht alle Staaten Exportüberschüsse erzielen. Selbst im exportstarken Deutschland war infolge der Agenda-Politik zwar die Arbeitslosigkeit gesunken, das Arbeitsvolumen aber nicht gestiegen – es lag 2013 noch unter dem Niveau des Jahres 2000. Es wurde keine Arbeit geschaffen, sondern lediglich umverteilt. Mit der dramatischen Zunahme der Zahl der Mini-Jobs in der ersten Hälfte der 2000er Dekade sowie dem andauernden (und für die Betroffenen

oftmals nicht freiwilligen) Anstieg der Teilzeitquote an allen Beschäftigten wurde die Arbeitszeit verkürzt – unter prekären Bedingungen.

Die Erschütterungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 – der schwersten Krise seit der großen Depression Anfang der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts – haben zunächst auch die neoklassische bzw. neoliberale Vormachtstellung ins Wanken gebracht. Das Erfordernis, zur Bekämpfung von Krisen und Arbeitslosigkeit die Gewinneinkommen zu fördern und die Lohn- und Transfereinkommen zu begrenzen – also der zentrale Kern dieser Ideologie – wurde massiv infrage gestellt. Der Standpunkt der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, die Umverteilung von unten nach oben als Krisenursache und nicht als Krisenlösung zu sehen, fand jetzt einen breiteren Widerhall. Stellvertretend für viele seien hier nur die US-amerikanischen Ökonomen Paul Krugman und Joseph E. Stiglitz, der deutsche Historiker Hans-Ulrich Wehler und der französische Ökonom Thomas Piketty genannt.

„Hat womöglich der Anstieg der amerikanischen Ungleichheiten zur Entfesselung der Finanzkrise von 2008 beigetragen? Bedenkt man, dass der Anteil des obersten Dezils am amerikanischen Nationaleinkommen zweimal Höchststände erreicht hat, einmal 1928 (am Vorabend der Krise von 1929) und einmal 2007 (am Vorabend der Krise von 2008), fällt es schwer, die Frage nicht zu stellen. Meines Erachtens gibt es keinerlei Zweifel daran, dass wachsende Ungleichheit zur Destabilisierung des amerikanischen Finanzsystems beigetragen hat.“ (Thomas Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert, 2014, S. 391)

Richtigerweise wurde die Krise mit einer – in der Neoklassik nicht vorgesehen – weltweiten expansiven Geld- und Fiskalpolitik bekämpft. Zwar wurde die expansive Fiskalpolitik schnell wieder aufgegeben, und vor allem in der EU wurde die Austeritätspolitik als Krisenlösung für Südeuropa verschärft angewandt. Aber die Grenzen dieser Politik zeichnen sich immer deutlicher ab. Diese Botschaft ist jedoch bis heute bei den neoklassisch dominierten deutschen Hochschulen nicht angekommen. Der ökonomische Mainstream und die Wirtschaftspolitik vor allem in Deutschland stehen vor einem Dilemma, denn sie halten weiter an der gescheiterten Idee des Neoliberalismus fest. Gleichzeitig nimmt die Akzeptanz dieser Ideologie ab, und die praktische Umsetzung steht vor immer größeren Schwierigkeiten. Diese Politik funktioniert in vielen Bereichen immer weniger.

Das Dilemma zeigt sich deutlich bei der Positionierung des Sachverständigenrates zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR). Seit Mitte der 1970er Jahre ist er ein Hort der reinen neoklassischen bzw. neoliberalen Lehre. Zur Implementierung dieser Politik hat er einen zentralen Beitrag geleistet. Auch in seinem aktuellen Gutachten weicht der SVR nicht von dieser Linie ab. Ganz im Gegenteil: Regelrecht provokant überschreibt er das Jahresgutachten 2014/15 mit dem Titel „Mehr Vertrauen in die Marktprozesse“. Allein die Minderheitenvoten von Peter Bofinger widersprechen der neoliberalen Mehrheitsmeinung. Dabei führt das pure Ignorieren der Entwicklung der vergangenen Jahre und der aktuellen Debatten nicht mehr weiter – der SVR verliert massiv an Reputation. Nach der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, die durch massives Marktversagen zustande kam, fehlt vielen schon für den Titel des Gutachtens jedes Verständnis. Aber der SVR ignoriert selbst wichtige Positionierungen zur ökonomischen Analyse, die inzwischen einen breiten Konsens gefunden haben – sowohl in der wissenschaftlichen Debatte als auch in der öffentlichen Meinung. Eine immer ungleicher werdende Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie eine massive Investitionsschwäche in Deutschland und Europa werden inzwischen fast einhellig konstatiert. Beides versucht der SVR mit zweifelhafter Methodik zu leugnen. Die Bundesregierung ist inzwischen zu einer kühlen Nichtbeachtung der Gutachten übergegangen. Selbst in Zeitungen wie dem Handelsblatt, das von seiner Positionierung eher im neoliberalen Mainstream angesiedelt ist, gibt es vernichtende Bewertungen. Augen zu und durch – diese Variante der Argumentation funktioniert für die wirtschaftliche Politikberatung nicht mehr.

2. Das Dilemma der aktuellen Wirtschaftspolitik

2.1 Die Überforderung der Geldpolitik

Weltweit setzen alle Notenbanken im Kampf gegen die Krise auf eine expansive Geldpolitik. Die Deutsche Bundesbank ist dabei eine der wenigen Ausnahmen. Allerdings ist sie ins Europäische System der

Zentralbanken eingebunden und kann keine eigene Geldpolitik betreiben. Die Idee Milton Friedmans, mit einer langfristig gleichmäßigen Geldversorgung eine kontinuierliche, krisenfreie Wirtschaftsentwicklung zu erzielen, ist in der Realität gescheitert.

Allerdings ist die Europäische Zentralbank (EZB) nur beschränkt in der Lage, das Wachstum anzukurbeln: Ihre Fähigkeiten sind asymmetrisch. Sie kann problemlos eine gute Konjunktur abwürgen (Hochzinspolitik, Mindestreserven, Interbankenpolitik), eine Finanz- und Bankenkrise zusammen mit den Staaten entschärfen, den Zusammenbruch des Interbankenmarktes kompensieren usw. In diesem Sinne hatte die Ankündigung des EZB-Präsidenten Mario Draghi im Sommer 2012, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen von Krisenstaaten auf dem Sekundärmarkt zu kaufen, spekulative Geschäfte in diesem Bereich unattraktiv gemacht. Das hat die Finanzmärkte beruhigt und letztlich den Zerfall der Währungsunion verhindert.

Die EZB ist aber nicht in der Lage, ohne eine expansive Haushaltspolitik die Konjunktur anzuschieben – sie kann keine Nachfrage schaffen. Deutlich ist das daran zu erkennen, dass die extreme Niedrigzinspolitik in Deutschland nicht zur gewünschten dynamischen Kreditvergabe an Unternehmen geführt hat. Die Niedrigzinspolitik kann allenfalls die Sparneigung reduzieren und die Konsumquote erhöhen sowie speziell den (spekulativen) Wohnungsbau anheizen. Sie kann zwar Eigenheimbesitzerinnen und -besitzer zu Modernisierungsinvestitionen ermuntern, aber nicht Unternehmen zu Investitionen anreizen, wenn die entsprechende Nachfrage fehlt.

Die von der EZB bereitgestellten liquiden Mittel verbleiben vor allem im Finanzsystem. Deshalb fällt es der EZB auch schwer, mit der expansiven Geldpolitik die Deflationstendenzen zu bekämpfen. Das Zentralbankgeld landet nicht auf den Gütermärkten, sondern in Finanzanleihen und Aktien. Das wird mit dem zuletzt angekündigten Aufkauf von Staatsanleihen in erheblichem Umfang nicht anders werden. Ohne die Unterstützung durch eine expansive Fiskalpolitik droht durch die Geldpolitik sogar die Förderung von Finanzblasen. Trotzdem ist die Politik richtig, sie braucht aber die Unterstützung durch die Fiskalpolitik der Staaten.

Die „Stabilitätsfanatiker“ der EU bedienen sich eines trickreichen Arguments, um die EZB vor sich her zu treiben. Sie wälzen die gesamte makroökonomische Steuerung faktisch auf die EZB und auf die damit überforderten Defizitstaaten ab. Zugleich begrenzen sie aber die geldpolitischen Instrumente der EZB und verhindern immer noch ihre Funktion als „Lender of last resort“ (Kreditgeber der letzten Instanz). Die Bundesregierung und die Deutsche Bundesbank haben die Draghi-Politik nicht verhindern können, die EZB aber gezwungen, schwerere Geschütze aufzufahren, als es bei einem Zusammenwirken von Fiskal- und Geldpolitik notwendig gewesen wäre. Es ist also höchste Zeit, die Geldpolitik durch eine expansive Fiskalpolitik zu entlasten. Vergleicht man die vor allem von Deutschland vorangetriebene makroökonomische Politik in Europa mit der der USA, werden die fundamentalen Defizite überdeutlich. Die expansive Geldpolitik der EZB mit ihren Programmen zum Aufkauf von Anleihen bei den Banken kann nur gelingen, wenn endlich eine expansive Finanzpolitik in Euroland durchgesetzt wird. Deshalb muss die Fiskalunion mit ihrer restriktiven Schuldenpolitik neu geregelt werden. Die öffentliche Kreditfinanzierung ist gerechtfertigt, wenn damit öffentliche Investitionen finanziert werden und die überschüssige Geldvermögensbildung genutzt wird.

2.2 Die europäische Krise

Die EU lässt noch immer nicht von ihrer Austeritätspolitik ab. Mit dem Druck auf die Löhne und Sozialausgaben wurde eine „innere Abwertung“ (Senkung des Lohnniveaus) in den Krisenländern Griechenland, Spanien, Portugal und Irland um bis zu 40 Prozent erreicht. Eine nennenswerte wirtschaftliche Dynamik konnte damit nicht erzielt werden. Das zeigt gleichzeitig, dass auch ein Ausscheiden aus dem Euroraum mit einer „richtigen“ Abwertung keinen Weg aus der Krise weisen würde.

Das wichtigste „Erfolgskriterium“ der Troika-Politik ist der erneute Zugang der Krisenstaaten zu den internationalen privaten Kapitalmärkten – hohe Arbeitslosenquoten oder der Zusammenbruch der Sozialsysteme usw. sind für die Troika keine Beurteilungskriterien für eine „erfolgreiche Politik“. Die Eurozone hat die Krise auch im sechsten Jahr nicht überwunden. Selbst von einem niedrigen Niveau ausgehend, bleiben die Wachstumsraten gering. In den Krisenländern spielt sich eine soziale Tragödie

ab. Mangelnde Krankenversorgung, Wohnungsnot, ein kaum noch funktionierender Bildungssektor und anderes mehr sind die schlimmsten Anzeichen von Not und Armut. Die Akzeptanz dieser Politik, aber auch des europäischen Gedankens, schwindet. In einigen Ländern, wie in Griechenland und Spanien, sind politische Alternativen möglich. In anderen, wie Frankreich, droht bei den nächsten Wahlen ein Triumph rechter und nationalistischer Strömungen.

Leider nur in einem Teil der Öffentlichkeit setzt sich die Erkenntnis durch, dass es mit der Austeritätspolitik keinen Weg aus der Krise gibt und das europäische Projekt sogar zu scheitern droht. Nur in Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Irland und den osteuropäischen Staaten hat die industrielle Produktion ihren Stand von vor der Krise wieder erreicht oder übertroffen. Vor allem in den südeuropäischen Ländern ist sie dagegen teilweise drastisch eingebrochen. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission das Ziel ausgegeben, den Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Wertschöpfung in den Mitgliedstaaten auf 20 Prozent zu erhöhen. Deshalb ist die Europäische Kommission bei der Investitionsdebatte nun in die Offensive gegangen. Sie will das Wachstum mit einem großen Investitionsprogramm ankurbeln.

Dabei hält sie allerdings am neoliberal geprägten Dreiklang aus Investitionen, Strukturreformen und Haushaltsdisziplin fest. Um das – ohne zusätzliche Steuereinnahmen – zu ermöglichen, wird auf der europäischen Ebene ein Fondsmodell zur Mobilisierung privaten Kapitals eingerichtet. Dieser Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) wird mit einem Kapital in Höhe von 21 Milliarden Euro ausgestattet. 16 davon kommen aus dem EU-Haushalt und fünf Milliarden Euro aus den Rücklagen der Europäischen Investitionsbank (EIB). Durch eine Kreditaufnahme der EIB am Kapitalmarkt wird das Finanzvolumen von 21 auf 63 Milliarden Euro vergrößert. Dieses Fondskapital soll dann mit vorrangigem Fremdkapital privater Investoren auf die Gesamtsumme von 315 Milliarden Euro – also auf das Fünffache – im Zeitraum von 2015 bis 2017 gesteigert werden.

Das Investitionsprogramm ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Aber es ist völlig ungenügend:

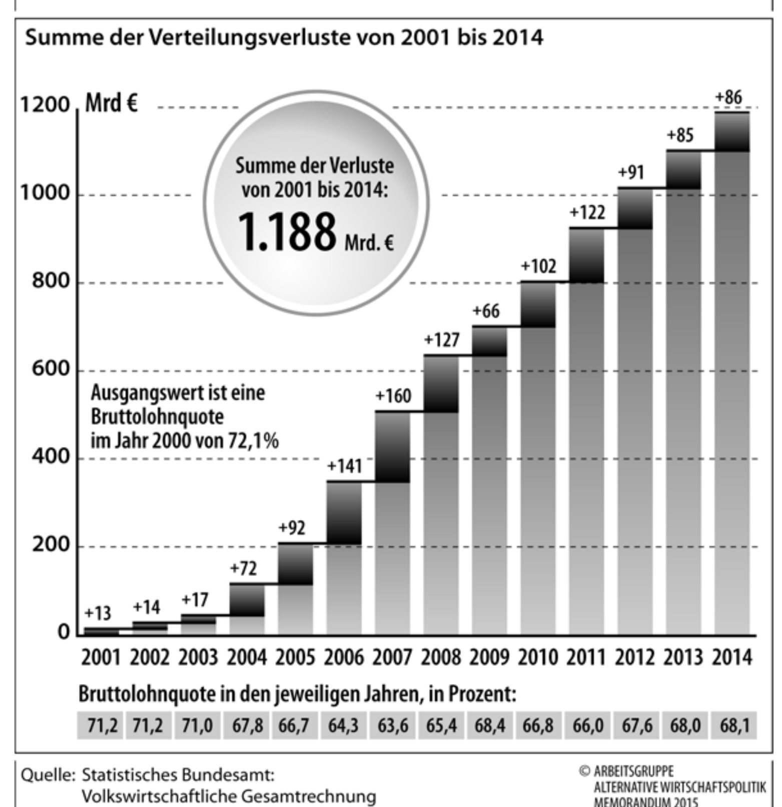
- Es ist völlig unklar, ob sich das Fondskapital tatsächlich auf über 300 Milliarden Euro steigern lässt.
- Selbst wenn die Summe zustande kommt, gleicht sie nur 40 Prozent des Investitionsrückgangs seit Krisenbeginn aus.
- Es ist auch nicht sicher, ob es sich dabei wirklich um zusätzliche Investitionen handelt.
- Die Liste der Projekte, die die Mitgliedstaaten als förderungswürdig nach Brüssel gemeldet haben, stimmt skeptisch. Weder die ökologische und soziale noch die europäische Dimension scheinen bei der Auswahl der Projekte berücksichtigt worden zu sein.

2.3 Das Dilemma der ungleichen Verteilung

Der Schlüssel für eine andere wirtschaftliche Entwicklung liegt (neben der Re-Regulierung der Finanzmärkte) in der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik weist seit vielen Jahren auf den eigentlich trivialen Zusammenhang hin: Ohne eine Steigerung der Masseneinkommen (Löhne und Transferleistungen) gibt es keine Ausweitung der privaten Konsumausgaben. Ohne eine bessere Finanzausstattung des Staates werden die öffentlichen Investitionen nicht erhöht. Ohne eine stärkere Nachfrage werden auch die privaten Investitionen nicht gesteigert. Lange Zeit war die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* damit die einsame und wenig beachtete Ruferin in der Wüste. Spätestens seit Piketty ist die Verteilungsfrage jedoch immer mehr in den Fokus der Debatten gerückt.

„In dieser Ungleichheit spricht sich ein fundamentaler Widerspruch aus. Je stärker sie ausfällt, umso mehr droht der Unternehmer sich in einen Rentier zu verwandeln und Macht über diejenigen zu gewinnen, die nichts als ihre Arbeit besitzen. Wenn es einmal da ist, reproduziert Kapital sich von selbst – und zwar schneller, als die Produktion wächst. Die Vergangenheit frisst die Zukunft." (Thomas Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert, 2014, S. 785 f.)

Politische Konsequenzen werden daraus allerdings nicht gezogen. Die Lohnquote hat zwar ihren Tiefpunkt von 2007 überwunden, verharrt aber auf einem Stand deutlich unterhalb des Niveaus zu Beginn der 2000er Jahre. Die Einführung des



Mindestlohnes ist ein richtiger, aber noch völlig ungenügender Schritt. Eine weitere Re-Regulierung des Arbeitsmarktes würde die Lohnentwicklung stützen und damit die Primärverteilung zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Arbeitseinkommen beeinflussen. Eine gerechtere Steuerpolitik, die hohe Einkommen und große Vermögen belastet, würde die Sekundärverteilung zugunsten unterer Einkommen verbessern.

Sogar die OECD kommt in einem im Dezember 2014 vorgelegten Arbeitspapier mit dem Titel „Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth" zu dem Ergebnis, dass die Einkommensungleichheit in den OECD-Staaten in den vergangenen 30 Jahren zugenommen hat. Es werden negative Wachstumseffekte dieser zunehmenden Kluft zwischen Reich und Arm festgestellt. Entgegen bisherigen Empfehlungen dieser Organisation wird auch konstatiert, dass staatliche Umverteilung mittels Steuern und Transferleistungen nicht zwangsläufig wachstumsschädlich ist.

Weitaus ungleicher als bei den Einkommen ist die Verteilung bei den Vermögen. Neueste Forschungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigen ein beunruhigendes Bild: Das Vermögen in Deutschland ist noch viel ungleicher verteilt als bisher angenommen. Danach besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung 30 Prozent des gesamten Vermögens. Die reichsten 0,1 Prozent (also ein Tausendstel der Bevölkerung) verfügen über 14 bis 17 Prozent des gesamten Vermögens (vgl. DIW-Wochenbericht 07/2015, S. 132). Auch wenn diese Berechnungen die angegebene Schätzunsicherheit aufweisen, so ist der Befund so eindeutig, dass dies nichts am Ergebnis ändert.

2.4 Ohne ausreichende Investitionen keine wirtschaftliche Entwicklung

Außer durch das zu schwache Masseneinkommen wird die Binnennachfrage in Deutschland durch eine geringe Investitionstätigkeit gebremst. Der Anteil der Investitionen an der Wirtschaftsleistung ist bis 2005 massiv gesunken, seitdem verharrt er auf niedrigem Niveau. Während er Anfang der 1990er Jahre noch 25 Prozent ausmachte, lag er 2014 nur bei gerade einmal 20 Prozent (berechnet nach der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung). Vor allem die öffentlichen Investitionen sind in der langen Frist stark zurückgegangen. Betrugen sie 1970 noch 4,7 Prozent des BIP, waren es 2013 gerade noch 1,6 Prozent. Was noch schlimmer ist: Seit 2003 sind die öffentlichen Nettoinvestitionen (Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen) negativ. Das heißt, dass der öffentliche Kapitalstock verfällt – die Investitionen reichen nicht einmal für den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur. Wir leben von der Substanz, die Infrastruktur verfällt. Auch die privaten Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen (Maschinen und Anlagen) haben das Vorkrisenniveau längst noch nicht wieder erreicht.

Eine spürbare Ausweitung öffentlicher Investitionen scheitert an ihrer Finanzierung. Dabei verfügt die reiche deutsche Gesellschaft über genügend Finanzierungsmittel. Die Bundesregierung möchte ein Teil dieses Geldes für öffentliche In-

vestitionen nutzen. Dazu sind Fondsmodelle in der Diskussion, bei denen private Anleger ihr Geld in öffentlichen Investitionen anlegen können. Ziel ist es, die diversen Schuldengrenzen (Schuldenbremse, Fiskalpakt) zu umgehen. Diese Lösung hat viele Nachteile. Weil die privaten Investoren Renditeerwartungen haben, kommt die Investition unter dem Strich teurer. Damit ist das Finanzierungsproblem für den Staat nicht gelöst, es ist nur in die Zukunft verschoben und verschärft sich. Werden die Investitionen über Gebühren von den Nutzern finanziert, ist der Staat zwar außen vor, aber die Verteilungswirkungen fallen zuungunsten der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung aus. Zudem stellt sich die Frage der öffentlichen Verfügung über die Investitionen.

Dagegen bieten sich zwei Wege an, die inländische Ersparnisbildung für öffentliche Investitionen zu nutzen. Der erste wäre, über höhere Steuern das Geld dem Staat zur Verfügung zu stellen. Diesen Weg favorisiert die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Aber auch eine höhere Kreditaufnahme wäre möglich. Denn der rechtliche Verschuldungsrahmen, den die Schuldenbremse absteckt, wird nicht einmal ausgenutzt. Nach diesen Regeln ist dauerhaft eine strukturelle (also konjunkturunabhängige) jährliche Neuverschuldung von 0,35 Prozent des BIP erlaubt. Das bedeutet also eine zulässige Neuverschuldung von gegenwärtig etwa zehn Milliarden Euro jährlich. Derzeit wäre sogar eine noch deutlich höhere Kreditaufnahme möglich: Um die Schuldenbremse einzuhalten, konsolidiert der Bund bei den Bundeshaushalten schon seit einigen Jahren wesentlich stärker als nötig. Diese Übererfüllung der Schuldenbremse wird jedes Jahr auf einem Kontrollkonto verbucht. Dort werden sich bis Ende 2015 gemäß der Haushaltsplanung rund 130 Milliarden Euro angesammelt haben.

Dieser Saldo wird zum 31.12.2015 gelöscht, weil der Bundestag auf Antrag der Bundesregierung im Fiskalvertragsumsetzungsgesetz beschlossen hat, den Saldo aus der Übergangsphase (also dem Anpassungspfad zur Schuldenbremse) nicht für die normale Geltungsperiode der Schuldenbremse zu übernehmen. Der Betrag auf dem Kontrollkonto ist natürlich kein real angespartes Geld, das für Ausgaben zur Verfügung steht. Es ist nur eine fiktive Rechengröße. Aber diese Rechengröße besagt, dass sich die Bundesregierung 2015 um diesen Betrag zusätzlich verschulden könnte, ohne die Regeln der Schuldenbremse zu verletzen.

Obwohl die Bundesregierung sich der Problematik mangelnder öffentlicher Investitionen bewusst ist, wird der finanzielle Spielraum nicht ausgereizt. Die Ideologie der „schwarzen Null“ ist wichtiger. Stattdessen wird versucht, privates Kapital für die Finanzierung der öffentlichen Investitionen zu mobilisieren. Eine teure Umwegfinanzierung, die aber privaten Kapitalanlegern ihre Renditen sichert.

3. Eine alternative Politik ist möglich und notwendig

3.1 Für ein Investitions-, Umverteilungs- und Ausgabenprogramm

Die Logik der traditionellen Austeritätspolitik muss durchbrochen werden. Investitionen, deren Notwendigkeit von niemandem ernsthaft bestritten wird, sind auch tatsächlich auszuführen. Im Zentrum der Forderungen der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* steht deshalb ein umfangreiches Investitions-, Umverteilungs- und Ausgabenprogramm. Eine Begrenzung der Mittel auf Investitionen im engeren Sinne ist dabei nicht sinnvoll, weil gesellschaftliche Bedarfe oft nur mit zusätzlichen Personalausgaben befriedigt werden können. Der Bau einer neuen Schule beispielsweise ergibt keinen Sinn, wenn anschließend keine Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden.

Für den notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* ein Investitions- und Ausgabenprogramm von zusätzlich 100 Milliarden Euro jährlich. Die Mittel sollen in einem Stufenplan über fünf Jahre bis zum endgültigen Volumen erhöht werden. Sie verteilen sich auf die Bereiche Bildung (25 Milliarden Euro), Verkehrsinfrastruktur (10 Milliarden Euro), Kommunale Ausgaben (10 Milliarden Euro), energetische Gebäudesanierung (5 Milliarden Euro), lokale Pflegeinfrastruktur (20 Milliarden Euro) und zusätzliche Arbeitsmarktausgaben (30 Milliarden Euro). Ausgangspunkt für ein solches Investitions- und Ausgabenprogramm sind ungedeckte und nicht über den Markt zu befriedigende gesellschaftliche Bedarfe. Es sind Bedarfe, die sich aus dem berechtigten Wunsch nach mehr

und qualitativ besserer Bildung, nach einem geringeren Energie- und Ressourcenverbrauch, nach besseren Maßnahmen der Daseinsvorsorge und generell nach einer besseren Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen herleiten. Gleichzeitig zielt dieses Programm darauf, die Beschäftigung und die Masseneinkommen zu steigern, also Arbeitslosigkeit abzubauen und die materielle Lebenslage großer Teile der Bevölkerung zu verbessern. Die Ausgestaltung des Programms ist ausführlich im MEMORANDUM 2014 beschrieben.

Von den Arbeitsmarktausgaben sind 20 Milliarden Euro für die Aufstockung der Leistungen von ALG-II-Bezieherinnen und -Beziehern vorgesehen. Nach wie vor ist die Festlegung dieser Mittel willkürlich, und sie reichen längst nicht aus, um ein Leben in Würde und eine Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Zehn Milliarden Euro der Arbeitsmarktgelder sind für die Finanzierung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors vorgesehen. Davon können zivilgesellschaftliche Initiativen profitieren, z. B. Vereine, Stadtteilzentren sowie kulturelle und soziale Projekte. Eine private Gewinnaneignung im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung ist auszuschließen, und die Beschäftigten müssen tariflich bzw. ortsüblich entlohnt werden.

Für die Finanzierung dieses Programms ist eine andere Steuerpolitik notwendig. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert die Umsetzung eines Steuerkonzepts, bei dem auf der einen Seite die Einnahmen für notwendige Ausgabensteigerungen gesichert werden und auf der anderen Seite die Sekundärverteilung zulasten der Reichen und Vermögenden verschoben wird. Wichtige Kernpunkte dieses Konzeptes sind:

- Die Einführung einer einmaligen und auf zehn Jahre gestreckten Vermögensabgabe. Bemessungsgrundlage ist das Nettovermögen, das oberhalb eines persönlichen Freibetrags von einer Million Euro und von zwei Millionen Euro beim Betriebsvermögen mit einem faktischen Steuersatz von zwei Prozent belegt wird. Der Freibetrag je Kind sollte 250.000 Euro betragen.
- Die Wiederbelebung der Vermögensteuer mit einem Steuersatz von einem Prozent auf Vermögen von mehr als 500.000 Euro.
- Die mit der Erbschaftsteuerreform 2008 in Kraft gesetzte Verschonung des Betriebsvermögens ist vom Bundesverfassungsgericht gerügt worden. Jetzt ist eine Neuregelung vorzunehmen, die tatsächlich das Aufkommen der Erbschaftsteuer nennenswert erhöht.
- Der Tarifverlauf bei der Einkommensteuer (Grenzsteuersatz) sollte oberhalb eines Grundfreibetrags von 9.500 Euro und bei einem Eingangssteuersatz von 14 Prozent beginnen und durchgehend linear bis zu einem Spitzensteuersatz von 53 Prozent bei einem zu versteuernden Einkommen von 67.000 Euro (Alleinstehende) ausgestaltet werden.
- Die Gewinne aus der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen dürfen nicht länger steuerfrei bleiben. Der Körperschaftsteuersatz sollte auf 30 Prozent erhöht werden.
- Die Gewerbesteuer ist zu einer Gemeindewirtschaftsteuer auszubauen, die auch die Selbstständigen und die freien Berufe in die Steuerpflicht einschließt und deren Bemessungsgrundlage die Entgelte für betrieblich genutztes Kapital (z. B. Mieten, Pachten, Lizenzen) vollständig einbezieht.
- Abschaffung der Abgeltungsteuer von 25 Prozent und volle Versteuerung von Kapitaleinkünften.
- Die Finanztransaktionsteuer ist zügig einzuführen.

Der politische Prozess bei der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs ist ins Stocken geraten. Trotzdem muss es eine Neuregelung geben. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert Eckpunkte für einen solidarischen Länderfinanzausgleich ein. Schon aus Gründen der Transparenz und für eine vollständige Bilanz der Finanzbasis einer Region muss endlich eine vollständige Anrechnung der kommunalen Steuereinnahmen stattfinden. Im bisherigen Länderfinanzausgleich werden diese nur zu 64 Prozent zu den Einnahmen der Länder addiert – wodurch Länder mit überwiegend strukturstarken Regionen künstlich ärmer gerechnet werden. Dementsprechend sind auch nach dem bisherigen Länderfinanzausgleich die strukturschwachen Länder real finanziell viel schlechter aufgestellt, als die Kennzahlen andeuten.

Neben vielen grundsätzlichen Problematiken bei der Diskussion um Schuldenschnitte gibt es gute Argumente der geringer verschuldeten Länder, die Altschuldenstände von hoch verschuldeten Bundesländern nicht einfach einseitig zu kürzen. Allerdings müssen alle Länder zukünftig in glei-

chem Maße handlungsfähig bleiben und ihren Aufgaben zum Wohle ihrer Bevölkerung nachkommen können. In Fällen hoch verschuldeter Länder, wie gerade Bremen und dem Saarland, ist dies nicht mehr gewährleistet.

Auch bei Beibehaltung der Altschuldenstände müssen hoch verschuldete Länder bei den Zinszahlungen entlastet werden. Ein Altschulden(zins) fonds könnte gleiche Handlungsspielräume ermöglichen, indem alle Länder und Kommunen einen tragfähigen Prozentsatz ihres Haushalts für Zinsbedienung aufwenden. Weiterhin würde eine gemeinsame Schuldenaufnahme von Kommunen und Ländern durch den gemeinsamen Altschuldenfonds über gemeinsame Anleihen das Zinsniveau für öffentliche Schulden noch weiter senken.

Darüber hinaus wird auch nach 2019 ein aus dem Solidarzuschlag gespeister Solidarpakt III benötigt, der wirtschaftsschwache Regionen in Ost und West sowie Süd und Nord mit Fördermitteln unterstützt.

Insbesondere junge Männer und Frauen wünschen sich zunehmend eine gleichberechtigte Teilhabe an der Familien- und Erwerbsarbeit. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* will sowohl dem traditionellen „Familienernährermodell“ als auch einem neoliberalen „Erwerbstätigenmodell“ (Adult-Worker-Model) eine Perspektive entgegensetzen, in der Erwerbsarbeit und Sorgearbeit gleichwertig und egalitär aufgeteilt werden, je nach unterschiedlichen Lebensentwürfen und Lebensphasen unterschiedlich kombiniert werden können und Männern und Frauen eine eigenständige ökonomische und soziale Existenz geben. Die bisher meist von Frauen unbezahlt geleistete Sorgearbeit muss aufgewertet werden: einerseits durch den Ausbau qualitativ gut bezahlter öffentlicher Dienstleistungen wie Kinderbetreuung und Altenpflege, was eine Umwandlung von unbezahlter zu bezahlter Arbeit voraussetzt. Andererseits erfordert es eine Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitgestaltung für Männer und Frauen, durch die beide die Erwerbsarbeit und den Privatbereich gleichwertig miteinander verbinden können. Dazu ist die schrittweise Einführung der 30-Stunden-Woche als Normalarbeitsverhältnis bei vollem Lohn- und Personalausgleich ein Beitrag. All das muss durch eine veränderte Steuer- und Sozialpolitik unterstützt werden.

3.2 Eine neue Perspektive für Europa

Freihandelsabkommen sind Teil der neoliberalen Agenda. Sie sollen durch Marktöffnung zu mehr Wettbewerb führen. Dabei droht der Arbeits-, Gesundheits- und Verbraucherschutz auf der Strecke zu bleiben. Wenn Konzerne Staaten vor privaten Schiedsgerichten ohne Berufungsmöglichkeit auf angeblich entgangene Gewinne verklagen können, etwa weil ihnen Arbeits-, Umwelt- oder Sozialstandards nicht genehm sind, dann werden auf Kosten der Allgemeinheit neue Profitquellen erschlossen. Das schon nationalstaatlich bestehende Machtungleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit wird über diese neue internationale Ebene noch einmal verschärft. Die sogenannte regulatorische Kooperation droht die Handlungsoptionen demokratischer Regierungen schon im Vorfeld einzuschränken. Auf der anderen Seite sehen selbst die Befürworterinnen und Befürworter solcher Abkommen nur geringe zusätzliche Wachstumsperspektiven.

In Europa sind drei Freihandelsabkommen im politischen Prozess. CETA, das Abkommen mit Kanada, ist verhandelt und soll ratifiziert werden. TTIP, das Abkommen mit den USA, ist ebenso noch im Verhandlungsprozess wie TiSA, das den Abbau von Handelshemmnissen im Bereich öffentlicher Dienstleistungen zwischen der EU, den USA und 20 weiteren Staaten vorsieht. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* lehnt alle drei Abkommen ab. Die Europäische Kommission ist aufgefordert, die Verhandlungen abzubrechen.

Eine Überwindung der Krise in einem solidarischen Europa erwächst nicht aus Marktprozessen. Dafür ist demokratische politische Gestaltung auf allen Ebenen notwendig. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert eine alternative Kohäsions-, Regional- und Industriepolitik für Europa, die dezidiert in die europäische Raumwirtschaftsentwicklung interveniert und sie im Sinne der Konvergenz steuert. Von den 1970er bis zu den 1990er Jahren hat es sie im Großen und Ganzen – wenn auch nur mit begrenztem Erfolg (vgl. z. B. die Neuen Bundesländer und Irland) – schon einmal gegeben. Die dramatisch gewachsenen Problemlagen erfordern dafür heute ein viel höheres Budget als damals. Das EU-Gesamtbudget im neuen Finanzplan 2014 – 2020 liegt aber wieder nur knapp unter einem Prozent des EU-BIP, ist damit niedriger als

in früheren Perioden und soll auch bis 2020 nicht steigen. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* plädiert dagegen bis 2020 für einen schrittweisen Anstieg auf zunächst zwei Prozent.

Mit Ausnahme von Deutschland geraten die Länder des Euroraums in der industriellen Entwicklung und beim Wirtschaftswachstum zunehmend ins Abseits. Die europäischen Staaten haben deutlich Anteile an der industriellen Wertschöpfung und am Welthandel verloren. Dies schlägt sich in der erschreckend hohen Arbeitslosigkeit innerhalb des europäischen Wirtschafts- und Währungsraumes nieder. Es ist höchste Zeit, die brachliegenden Entwicklungspotenziale des europäischen Binnenmarktes zu erschließen um einen sozial-ökologischen Umbau zu beginnen. Dazu sind ein Politikwechsel und ein radikaler Bruch mit den neoliberalen Strukturreformen notwendig. Eine EU-weite Industriepolitik kann zu einer solchen Entwicklung beitragen.

Europa braucht eine Erneuerung seiner industriellen Basis. In Anknüpfung an die modernen Technologien (Industrie 4.0) und zukunftsträchtige Wertschöpfungsketten muss innerhalb des Kontinents ein sozial-ökologischer Strukturwandel verwirklicht werden. In Südeuropa wird dies unter dem Stichwort der „produktiven Rekonstruktion" und Transformation diskutiert. Dabei kann zum Teil an bestehende wirtschaftliche Traditionen und Strukturen angeknüpft werden. Mit zusätzlichen zwei Prozent des BIP der EU, wie es auch von europäischen Gewerkschaftsverbänden vorgeschlagen wird, könnte eine solche Initiative verwirklicht werden.

Die neuen Aktivitäten könnten direkt öffentliche Güter wie Wissen, Umwelt- und Lebensqualität, soziale Integration und territorialen Zusammenhalt hervorbringen. Eine neue EU-weite Industriepolitik kann ein zentrales Instrument werden, um die ökologische Transformation Europas anzugehen, die den Einsatz nicht erneuerbarer Ressourcen reduziert, erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz entwickelt, Öko-Systeme, Landschaften und die Biodiversität schützt und den Ausstoß von Kohlenstoff und anderen Treibhausgasen ebenso senkt wie die Abfallproduktion.

Notwendige Voraussetzungen für eine solche Politik sind ein Ende der Austeritätspolitik und ein Ende der Privatisierungspolitik. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* sieht als wesentliche Elemente einer neuen europäischen Industriepolitik:

- EU-weite Stärkung des verarbeitenden Gewerbes, nicht nur in den traditionellen industriellen Zentren.
- Eindämmung der innereuropäischen Ungleichgewichte, einschließlich der Handelsbilanzen.
- Demokratisierung der Entscheidungsfindung auf makro- und mikroökonomischer Ebene. Die beteiligten Akteure auf betrieblicher, regionaler und nationaler Ebene müssen an Konzipierung und Umsetzung von EU-Initiativen einbezogen werden.
- Schaffung von neuer, unbefristeter Arbeit, von der man eigenständig und armutsfrei leben kann.
- Aufwertung des Faktors Arbeit durch umfassende, laufende Qualifikationsangebote und Erwerbsmöglichkeiten für die Jugend, die oft hoch ausgebildet ist.
- Ökologische Nachhaltigkeit, besonders im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz.
- Entwicklung von Forschungsprogrammen und Technologien, die unabhängig von den Erfordernissen finanzieller Rentabilität eine produktive Transformation in Europa befördern.
- Bereitstellung von Krediten und Mobilisierung von Investitionen zugunsten einer nachhaltigen Industriepolitik auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene.

Europa muss das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen, statt sich in Stagnation, Arbeitslosigkeit und Zukunftslosigkeit insbesondere der jungen Menschen einzurichten.

Die neoliberale Agenda prägt weiter die Politik und große Teile der wissenschaftlichen Debatte. Doch das Eis, auf dem sie sich bewegt, ist dünner geworden. Der Widerstand gegen diese Politik wächst, ihre Unzulänglichkeiten werden immer deutlicher. Jetzt gilt es, beim Aufzeigen von Alternativen nicht locker zu lassen.

Die **Langfassung** dieses Textes enthält ausführliche Erläuterungen und Begründungen zu den wichtigsten Aussagen. Das MEMORANDUM 2015, d. h. die Kurz- und Langfassung sowie die Liste der Unterstützerinnen und Unterstützer, erscheint Ende April 2015 als Buch.